

Standpunkt

Vom Bedeutungsverlust zur Bedeutungslosigkeit? – Neun Thesen zur Situation politischer Erwachsenenbildung

Falk Scheidig



Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung,
Universität Augsburg
E-Mail: falk.scheidig@phil.uni-augsburg.de

Politische Erwachsenenbildung verharrt in einer tiefen Krise – diese Diagnose ist keineswegs neu, aber die Symptome häufen sich und beunruhigen immer mehr. Die Krise wurde in den vergangenen zwei Dekaden zum treuen Begleiter, zum Bestandteil der langen Geschichte politischer Erwachsenenbildung, deren

Höhepunkte lange zurückliegen. Im Folgenden sollen thesenartig einige – wesentliche – Merkmale, Ursachen und Folgen der anhaltenden Krise skizziert werden, um zur Reflexion, zur Diskussion, ja zum Widerspruch anzuregen, in jedem Fall aber um die existenziellen Probleme und Herausforderungen (wieder) ins Bewusstsein zu rücken.

1. Politische Bildung ist eine *Conditio sine qua non* der Demokratie

Die Erkenntnis, dass niemand als aktiver, mündiger Demokrat geboren wird und Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Regierungsform keine Selbstverständlichkeit darstellt, ist nicht banal, sondern basal. Politische Bildung erfüllt für das Individuum, die Gesellschaft und das politische System zentrale Funktionen, indem sie das Gemeinwesen stärkt und die Bürger(innen) zur Partizipation befähigt und motiviert. Nicht zuletzt aufgrund des rasanten demografischen und gesellschaftlichen Wandels, aufgrund von Migration und Globalisierung, aufgrund des natürlichen Politikzyklus und neuer, komplexer politischer Themen wird politische Bildung weit über den Schulunterricht hinaus als Aufgabe bedeutsam bleiben und sogar an Relevanz gewinnen. Ob sie allerdings künftig in institutionalisierter Form noch wahrnehmbar existiert, scheint derzeit ungewisser denn je.

2. Das Beteiligungsniveau an politischer Erwachsenenbildung ist (viel zu) gering

Trotz einer im internationalen Vergleich beispielhaften Versorgung mit Erwachsenenbildungseinrichtungen und -angeboten in Deutschland nehmen – je nach Berechnungsart und Datengrundlage – lediglich circa 1 bis 5 % der erwachsenen Bevölkerung mindestens einmal pro Jahr an Veranstaltungen politischer Erwachsenenbildung teil. Anders besehen: 95 bis 99 % werden nicht erreicht. Somit besteht die

Gefahr beziehungsweise lässt sich davon ausgehen, dass den ohnehin politisch Interessierten und Aktiven Programme geboten werden, während andere Adressatenkreise dadurch exkludiert werden. Dies vergrößert die Schere zwischen Politikaffinen und Politikaversen und gefährdet letztlich sogar den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass die niedrige Beteiligungsquote noch weiter sinkt. Es ist ein realistisches Negativszenario, dass abnehmende Teilnehmerzahlen und verringerte Veranstaltungen sich gegenseitig bedingen und verstärken, dass politische Bildung sich insgesamt in einer Abwärtsspirale befindet.

3. Politische Bildung profitiert nicht von dem Weiterbildungsboom, vielmehr leidet sie darunter

Die Beteiligung an Erwachsenen- und Weiterbildung hat sich laut dem Berichtssystem Weiterbildung (seit 2007: Adult Education Survey) im Zeitraum von 1979 bis 2012 mehr als verdoppelt. Vor allem arbeitsmarkt- und beschäftigungsrelevante Angebote florieren; politische Bildung indes kann keine Zuwächse verzeichnen und wird marginalisiert. Employability, Qualifikationen und berufliche Kompetenzen werden individuell, gesellschaftlich und bildungspolitisch seit geraumer Zeit mehr wertgeschätzt als traditionelle Bildungsziele wie Emanzipation und Mündigkeit. Auf dem immer mehr entstaatlichten, von ökonomischen Nutzenkalkülen dominierten „Bildungsmarkt“ wird das „Produkt politische Erwachsenenbildung“ schon unter Wert verkauft und trotzdem von den „Kunden“ (einst: „Teilnehmenden“) kaum nachgefragt, weil – so die verkürzte Marktlogik – die humankapitalfixierte „Kosten-Nutzen-Bilanz“ dieses Produktes negativ ausfällt. Berufliche und politische Bildung sind zweifelsohne beide eminent wichtig und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, zugleich aber sind bildungspolitisch tolerierte (wenn nicht gar forcierte) Einseitigkeiten in der Finanzierung, ideellen Förderung und öffentlichen Wertschätzung zu verhindern, wenn man das Lernen im Erwachsenenalter tatsächlich in mehreren Facetten ermöglichen möchte.

4. Politische Erwachsenenbildung ist chronisch unterfinanziert

Obwohl die politische Erwachsenenbildung im öffentlichen Interesse steht, erfolgt ein kontinuier-

licher Rückgang staatlicher Finanzierung und öffentlicher Verantwortung mit der Folge, dass die zuschussbedürftige politische Bildung auf dem Bildungsmarkt unter starkem Druck agiert. Zwei folgenreiche Beispiele für diesen Rückzug sind die Schließung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung Ende 2004 sowie die massiven Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung, bei der das Bundesministerium des Innern allein zwischen 2012 und 2014 bis zu fünf Millionen Euro einsparen will (vgl. BT-Drs. 17/5682). Die Folgen für Hunderte von der Bundeszentrale subventionierter Institutionen sind evident: Angebotsverringering, Lohnkürzungen, Personalabbau, Arbeitsverdichtung, erhöhte Teilnehmerentgelte, mitunter gar Schließungen von Einrichtungen. Hinzu kommt, dass zeitlich limitierte Projektförderungen die institutionelle Regelförderung ablösen, was wiederum zu personeller, finanzieller, konzeptioneller und inhaltlicher Diskontinuität, erschwerter langfristiger Planung und erhöhtem Beantragungs-, Verwaltungs- und Evaluationsaufwand führt. Das Diktat eng geführter Förderrichtlinien und der betriebswirtschaftliche Kostendeckungsdruck dominieren immer mehr die eigentliche (pädagogische) Arbeit. Mittlerweile halten viele Institutionen Angebote der politischen Erwachsenenbildung nur künstlich am Leben, durch Umlage- bzw. Quer- und Mischfinanzierung und mithilfe lukrativerer Bildungsangebote aus anderen Fachbereichen. Hieraus resultieren einrichtungsintern im Idealfall Diskussionen über das jeweilige institutionelle Selbstverständnis und den eigenen Bildungsauftrag, weit häufiger jedoch erwachsen daraus interkollegiale Spannungen. Eine politische Bildung, die nicht langfristig als öffentliche Aufgabe definiert und entsprechend gefördert wird, hat auf dem Bildungsmarkt nur geringe Chancen, ihr Nischendasein zu überwinden.

5. Image politischer Bildung ist desaströs

Politische Erwachsenenbildung genießt wenig Reputation und ruft oftmals negative Assoziationen hervor – nicht zuletzt, weil schon der Politikbegriff ebenso abstrakt wie negativ konnotiert ist („Schmutziges Geschäft!“). Sie gilt entweder als schwere Kost oder als langweiliges Unterfangen, keinesfalls erwartet man ein bewegendes Edutainment oder eine interessante Freizeitgestaltung. Zudem erinnert sie – nicht nur ehemalige DDR-Bürger(innen) – an politische Indoktrination und Bekehrungsversuche.

Vor allem Angebote von weltanschaulich gebundenen Trägern wie Kirchen, parteinahen Stiftungen und Gewerkschaften stehen unter dem Generalverdacht, von politischer Propaganda oder missionarischem Eifer getragen zu sein. Die üblichen Vermeidungsreaktionen gründen aber auch darin, dass viele Erwachsene sich als politisch passiv und desinformiert einstufen und deswegen befürchten, vor anderen inkompetent zu erscheinen oder bloßgestellt zu werden. Andererseits erfreuen sich bestimmte Formate wie Bildungsreisen, parlamentarische Besuchsdienste, politische Fahrradtouren und Stadtrundgänge oder auch Museen mit historisch-politischem Inhalt eines recht regen Zuspruchs, doch diese Angebote werden von Teilnehmenden oft nicht als politische Bildung perzipiert. Bestimmte Inhalte politischer Erwachsenenbildung sind durchaus en vogue, während das Label „Politische Bildung“ tendenziell abschreckt. Trendangebote belegen einerseits die (potenzielle) Attraktivität politischer Erwachsenenbildung, andererseits zeigen sie ein Kommunikationsdefizit: Vieles, was geleistet wird, findet sich weder wahrgenommen noch honoriert.

6. Die Beschäftigungssituation des Personals ist oftmals prekär

Wie in anderen Feldern der Erwachsenenbildung arbeitet das Gros der politischen Bildner(innen) neben- oder freiberuflich auf Honorarbasis, insbesondere mikrodidaktisch tätige Kursleiter(innen). Ihr „Berufsbild“ erscheint höchst ambivalent: Sie verfügen in aller Regel über ein Hochschulstudium, beeinflussen durch ihr Wissen und Können in erheblichem Maße den Lehr-Lern-Prozess und repräsentieren die Institutionen der politischen Erwachsenenbildung nach außen. Doch obwohl sie immense Verantwortung tragen, sind viele der Erwachsenenbildner(innen) weit entfernt von einer Festanstellung, leistungsgerechten Vergütung, Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, von Überstundenausgleich, Ausfallhonoraren bei zu geringer Teilnehmerzahl, von Vorauszahlungen, einem Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und bezahltem Urlaub – ganz zu schweigen von Sozialprestige. Sie müssen sich sozusagen als Ich-AG gegenüber Konkurrenten auf dem Bildungsmarkt behaupten und wertvolle, unbezahlte Zeit in die Akquise und Kontaktpflege investieren, weil sie oftmals von der Tätigkeit existenziell abhängig sind. Dass solche Arbeitsbedingungen keinen förderlichen Rahmen für

Qualitätsentwicklungsprozesse schaffen, sondern diese eher behindern, bedarf keiner ausführlichen Begründung.

7. Politische Erwachsenenbildung befindet sich im wissenschaftlichen Abseits

Es mangelt sowohl an einschlägigen Professuren und akademischen Einheiten als auch an Studiengängen und Qualifizierungsangeboten, die Mehrzahl der Berufsanfänger sind aufgrund fehlender grundständiger und postgradualer Studienangebote unweigerlich Quereinsteiger. Eine wissenschaftliche Fundierung und Weiterentwicklung der Bildungspraxis bleibt aus, Theoriebildung und Forschung können kaum erfolgen. Die außerschulische politische Bildung besitzt auch keine originäre Bezugswissenschaft, denn in den vergangenen zwei, drei Dekaden gelang es ihr nicht oder nur sehr unzureichend, das Interesse hierfür prädestinierter Disziplinen (Politikdidaktik, Erziehungswissenschaft, Politikwissenschaft) zu wecken. Letztlich geht die schwache wissenschaftliche Verankerung zulasten der Professionalisierung und Professionalität politischer Erwachsenenbildung. Dem entspricht auch, dass das Theorie-Praxis-Verhältnis seit Langem unisono von beiden Seiten negativ beurteilt wird. Jede Aufwertung politischer Erwachsenenbildung ohne einen parallelen Aufbau handlungsfeldbezogener akademischer Infrastruktur konterkariert das (Expansions-)Bestreben, denn Quantitäts- und Qualitätsentwicklung bedingen einander und müssen beidseitig Schritt halten.

8. Politischer Bildung fehlt eine wirkungsvolle Lobby

Die Trägerautonomie, die weltanschauliche und institutionelle Pluralität sowie die föderale und subsidiäre Struktur sind konstitutive und positiv zu bewertende Charakteristika politischer Erwachsenenbildung. Zugleich bedarf es mehr Kooperation und Koordination, um in der Öffentlichkeit und in relevanten Gremien besser und vor allem adäquater wahrgenommen zu werden. Einschlägige Verbände und Körperschaften existieren zwar (u. a. bap, AdB), doch trotz rührigen Engagements (z. B.: www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de) vermochten sie bislang nur unzureichend, die Interessen politischer Erwachsenenbildung vor allem gegenüber politischen Entscheidungsträgern und Geldgebern umfassend zu bündeln und effektiv zu artikulieren.

Hier müssen noch mehr Anstrengungen unternommen werden, um gemeinsam den Stellenwert, aber auch die erbrachten Leistungen politischer Bildung öffentlich zu dokumentieren.

9. Die Situation politischer Erwachsenenbildung erscheint ernst, aber nicht aussichtslos

Die anhaltende Krise kann überwunden werden, denn die gegenwärtige Gesellschaft ist nicht per se apolitisch. Dies belegen einerseits die Ergebnisse der politischen Kulturforschung und andererseits die TV-Quoten von Politik-Talkshows, populäre Petitionen und Bürgerbegehren, zivilgesellschaftliches Engagement, Massenproteste oder auch politisch motivierte Shitstorms im Internet. Das vorhandene Potenzial könnte durch innovative, unkonventionelle didaktische Formate, Lernorte und Lehr-Lern-Arrangements, die das bisherige Angebot sinnvoll ergänzen, ausgeschöpft werden. Ferner legt die Anziehungskraft von Erwachsenenbildungsangeboten in Themenfeldern wie „Fremdsprachen“ oder „Gesundheit und Körper“ nahe, dass nicht nur primär berufliche Bildungsinhalte breite Teilnehmerkreise erreichen können.

Angesichts der Multikausalität der Krise bedarf es zweifelsfrei größter Anstrengungen und struktureller Veränderungen, um politischer Erwachsenenbildung eine ihrer Relevanz entsprechende Position im Koordinatensystem des quartären Sektors zuzuweisen. Politik, Bildungspraxis und Wissenschaft sind gleichermaßen gefordert, Wege aus der Krise zu reflektieren, zu diskutieren und entsprechende Schritte einzuleiten.

Die Diagnose ist gestellt, die Symptome sind benannt – nun gilt es, eine adäquate Medikation zu wählen, um den Patienten politische Erwachsenenbildung zunächst einmal zu reanimieren, vor einem weiteren Siechtum zu bewahren und dann endlich wieder aufzurichten.